

Interpellation Etterlin-Rorschach (21 Mitunterzeichnende) vom 23. April 2019

Kompetenzzentrum Klimaschutz für mehr und besseres Wissen über Klimaschutz

Schriftliche Antwort der Regierung vom 28. Mai 2019

Guido Etterlin-Rorschach erkundigt sich in seiner Interpellation vom 23. April 2019, ob die Regierung bereit sei, ein «Kompetenzzentrum Klimaschutz» zu bilden und die dafür notwendigen Ressourcen departementsübergreifend zu bündeln und zusätzlich zu schaffen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung teilt grundsätzlich die Einschätzung des Interpellanten, dass bei departementsübergreifenden Tätigkeitsbereichen die Kräfte innerhalb der Staatsverwaltung am Besten in Kompetenzzentren gebündelt werden. Insbesondere im IT-Bereich hat sich diese Organisationsform überaus bewährt. Sie ist indes überzeugt, dass Kompetenzzentren nicht wie vom Interpellanten gefordert hierarchisch unabhängig sein sollten. Vielmehr müssen diese einen integralen Teil der ordentlichen Verwaltung bilden, um Wirkung zu entfalten. Die Regierung ist weiter auch überzeugt, dass die Anliegen des Klimaschutzes und die Auswirkungen des Klimawandels in den Departementen im Vollzug, bei der Beschaffung oder bei der Erstellung von Vorlagen künftig verstärkt zu berücksichtigen sind und als selbstverständlicher Teil der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit verstanden werden müssen. Gemäss diesem Verständnis hat sich ein Kompetenzzentrum zum Klimaschutz innerhalb der Staatsverwaltung auf die ämterübergreifenden koordinierenden Aufgaben zu konzentrieren. Mit der Zusammenführung der beiden Bereiche «Nachhaltige Entwicklung» und «Klimawandel» und ihrer Ansiedelung im Amt für Wasser und Energie (AWE) des Baudepartementes hat die Regierung im vergangenen Jahr einen wesentlichen Schritt hin zu einem solchen Kompetenzzentrum bereits umgesetzt.

Der unter Federführung des AWE erstellte Projektauftrag zur Erarbeitung einer kantonalen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel folgt der eingangs beschriebenen Logik. Es soll den Departementen und Ämtern obliegen, den Handlungsbedarf im Rahmen ihrer Zuständigkeiten festzustellen und die nötigen Massnahmen bei der Planung, Projektierung und im Vollzug umzusetzen. Es muss auch an den fachlich verantwortlichen Ämtern liegen, die vorhandenen Grundlagen für ihren Verantwortungsbereich zu aktualisieren oder gegebenenfalls neu zu erarbeiten. Die Koordinationsstelle im AWE hat dagegen im Wesentlichen in enger Zusammenarbeit mit den Fachstellen Schnittstellen, Synergien und Zielkonflikte zu identifizieren und gestützt darauf die departementsübergreifende Strategie zu erarbeiten und weiterzuentwickeln.

Die Anliegen des Klimaschutzes werden mit dem Energiekonzept Kanton St.Gallen 2021–2030 berücksichtigt. Es wird in vergleichbarer Art vom AWE erarbeitet: Das AWE ist einerseits als Fachamt für die Weiterentwicklung der Energie- und Klimapolitik zuständig. Mit dem Energiekonzept schafft es andererseits auch ein Dach für verschiedene Themen mit direktem oder zumindest starkem Bezug zu Energie oder Klimaschutz wie beispielsweise die Agglomerationsprogramme oder nachhaltiges Bauen.

Die Regierung ist insgesamt betrachtet der Ansicht, dass sie die Anliegen des Interpellanten mit der eingeschlagenen Stossrichtung weitgehend erfüllt. Dies umso mehr als auch die geforderten Informationen zum Klimawandel bereits heute für Verwaltung, Unternehmen und Bevölkerung durch unterschiedlichste Medien umfassend zur Verfügung gestellt werden.